

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Therna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ersteinst wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 4.—, 1/2jährlich Mk. 12.—, ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Umhüllter Text Mk. 2.—, Reklamezeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genruft: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänge & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 118

Mittwoch, den 5. Oktober 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Rat des Völkerbundes hat beschlossen, die endgültige Entscheidung des Rates in der oberösterreichischen Frage am 11. November bekanntzugeben.
- * Der frühere König von Württemberg ist im Alter von 73 Jahren gestorben.
- * Die Unabhängigen stellen in ihrer Antwort an die Mehrheitssozialisten über die Teilnahme an der Regierung eine Reihe von Forderungen auf, über deren Aufnahme sie sich vor einer Entscheidung vergewissern wollen.
- * Der Reichstag soll spätestens am 3. November wieder zusammenzutreten.
- * Die ungarische Regierung hat beschlossen, sich der Rote der Postkonferenz zu unterwerfen. Eine amtliche Note gibt bekannt, daß Westungarn vor dem 4. Oktober geräumt werden wird.

Der brüllende Tiger.

Er kann so alt werden wie Methusalem, der grimme „Tiger“ George Clemenceau, er wird bis zu seinem letzten Atemzuge bleiben, was er ist und war: so ziemlich der unversöhnlichste Gegner, den Deutschland auf seinem Lebens- und Leidenswege jemals getroffen hat. Nach seinem jähen Sturz zu Ostern 1920 verschwand er für mehr als Jahresfrist in den Jagdgebirgen des dunklen Erdteils, um trotz seiner hohen Jahre frisch wie ein Wiesel im Sommer 1921 wieder in die Helmat zurückzukehren. Jetzt hat man ihm dort, in St. Germain in der Vendée, bei noch lebendigem Leibe ein Denkmal errichtet, und Herr Clemenceau hat bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten, die sich, wie man zu sagen pflegt, gewaschen hat.

Mit Deutschland, dem besiegten, niedergeschmetterten, in weichen Zuckungen liegenden Deutschland brauchte er freilich nicht viel Federlesens zu machen. Es habe sich, meinte er, von Herrschaftsgelüsten leiten lassen, und solange es diesen Traum der Lorbeer nicht aufgegeben habe, könne die siegreiche Allianz nur zum Schaden desjenigen ausgehen werden, der sich selbst vergessen habe. Frankreich wäre nicht würdig, sich seiner selbst, wenn es vergäße, daß es seinen Sieg der Zusammenarbeit aller Mächte zu danken habe. Der Tag der Prüfung für die Allianz sei in dem Augenblick gekommen, an dem die Waffen den Händen des Feindes entfallen seien. Frankreichs Nichtsnur sei, nicht zu beherrschen und nicht beherrscht zu werden. Die Verpflichtungen, die man in Versailles von Deutschland erlangt habe, zählten nicht mehr. Was sei zum Beispiel daraus geworden, daß die Kriegsverbrecher der deutschen Armee von den siegreichen Ländern abgeurteilt werden sollten? Richter und Beschuldigte, die „Banditen von Leipzig“, seien im Triumph herumgetragen worden, während man ihre Opfer ausgeplünder habe. Die Verbündeten Frankreichs hätten wohl die Notwendigkeit begriffen, ihm gegen die Möglichkeit neuer Bedrohungen ihren Bestand anzubieten. Sie hätten Verpflichtungen unterzeichnet, von denen eines Tages die Rede sein werde. Aber der Stille Ozean, von dem jetzt zwischen den Alliierten soviel gesprochen werde, sei sehr weit und die deutsche Grenze sehr nahe. Gebe es für die Washingtoner Konferenz eine schönere Aufgabe, als die Fehler der Ausführung des Versailler Vertrages wieder gutzumachen? Habe man die Vertreter der Alliierten wirklich nur deshalb nach der amerikanischen Bundeshauptstadt zusammenberufen, um ihnen das Nichtinteressieren der Vereinigten Staaten in Sachen der besten Gesehe der Menschheit kundzugeben, für die sie zusammen mit England und Frankreich ihr Blut geopfert hätten? Das könne nicht sein. Mühte nicht eine finanzielle Niederlage Frankreichs in diesem Augenblick für Frankreich die gleichen Folgen haben wie eine Niederlage der Waffen? Es dürfe keine alliierte Regierung geben, die aus Gründen eines umfangreicheren Verkehrs die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit auf Kosten Frankreichs begünstigen wolle, denn das wäre Verrat. Clemenceau sprach weiter davon, daß man die gerechte Reparationsforderung im Mai dieses Jahres auf die Hälfte herabgesetzt habe. Frankreich könne auf die Anerkennung des ihm Geschuldeten ebenso wenig verzichten wie auf die Bürgschaften für seine Sicherheit; es müsse das Vorrecht der Reparationsforderung vor allen deutschen inneren Schulden fordern; ebenso daß jeder Deutsche wenigstens ebenso viel Steuern zahle wie jeder Franzose. Bis jetzt sei noch nicht einmal der Versuch gemacht worden, diese billigen Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen. Jede finanzielle Erleichterung, die Deutschland gewährt werde, verringere zu gleicher Zeit die Bürgschaften für die Sicherheit Frankreichs, die Sicherheiten also, deren Verlängerung nach dem Wortlaut des Vertrages als Strafe für deutsche Verfehlungen zugelassen sei.

Ein Kampfsruf also, des Rammes würdig, der während des ganzen Weltkrieges nicht von Versöhnung, nicht von Verständigung wissen wollte, und der jeden Franzosen unheimlich als Vaterlandsverräter unschuldig machen ließ, der den Kampf gegen Deutschland nicht bis zum bitteren Ende fortgesetzt wissen wollte. Des Rammes, der von vornherein den Frieden von Versailles nur als Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln gelten ließ, und der seine Hand Heber verborren lassen möchte, als daß er Deutschland gegenüber auch nur um Haarsbreite vom Standpunkt des übermächtigen Siegers abwich. Sein Friedensprogramm, erklärte er auf dem Festmarsch, das der Denkmalserrichtung folgte, sei, sich den

Besiegten gegenüberzustellen als Sieger, der den Krieg gewonnen habe, und er wolle, daß der Friedensvertrag erfüllt werde. Der Friedensvertrag also muß nach Herrn Clemenceau erfüllt werden, auch wenn er nicht erfüllt werden kann. Und die Verbündeten Frankreichs, die sich der Erkenntnis zugänglich zeigen, daß dieser unmögliche Friedensvertrag das Unglück aller europäischen Nationen zur Folge haben muß, sie laufen Gefahr, in den Horn des Tigers mit hineingezogen zu werden. Was er ihnen, insbesondere den Engländern und den Amerikanern, vorhält, läuft auf nichts Geringeres als auf den Vorwurf des Verrates gegenüber den französischen Verbündeten hinaus. Für Clemenceau gibt es keine Sprache der Tatsachen, der wirtschaftlichen Tatsachen insbesondere, er kennt und duldet nur die Sprache der Leidenschaft, die er allerdings meisterhaft zu handhaben versteht. Bei ihm muß man die Hoffnung, daß mit zunehmendem Alter auch die Weltweisheit, die alles begreifende Klugheit wachsen werde, ein für allemal aufgeben. Aber daß er mit dieser Sprache auch einmal andere Völker werde hinter sich herziehen können, wie es im Kriege gelungen ist, das darf man nach allem, was die letzten Jahre Europa gebracht haben, doch wohl bezweifeln. Wenn Herr Clemenceau sich herausnimmt, von Banditen von Leipzig zu sprechen, so muß mit ungleich höherem Recht den Banditen von Paris gesagt werden, daß die gloriole Zeit ihrer unbegrenzten Weltbeherrschung denn doch vorüber ist.

Wann spricht der Völkerbund?

Neue Versammlungen aus Oberschlesien nach Genf.

Die Nachrichten über den Zeitpunkt, an dem der Völkerbundrat das ihm übertragene Urteil über Oberschlesien abgeben wird, müssen mit großer Zurückhaltung aufgenommen werden, da aus den verschiedenen Quellen auch abweichende Termine gemeldet werden. Nach den letzten Sonderredaktionen hat der Rat des Völkerbundes beschlossen, die endgültige Entscheidung des Rates in der oberösterreichischen Frage am 11. November bekanntzugeben. Der polnische Völkerrat in Weichen hat nach einer Konferenz mit der Interalliierten Kommission in Oppeln drei weitere Vertreter außer den beiden in Genf schon eingetroffenen dorthin entsandt. Daraus sind auch zwei weitere Vertreter der oberösterreichischen deutschen Gewerkschaften vom Völkerbundrat nach Genf berufen worden.

Recht und Politik.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist bisher zum großen Schaden der gerechten deutschen Sache fast nur nach politischen, nicht aber nach rechtlichen Gesichtspunkten gesucht worden. Deshalb richtet jetzt der Königsberger Professor Dr. Kraus in der deutschen Juristenzeitung einen Appell an das Recht in zwölfter Stunde. Er untersucht streng juristisch die Haltbarkeit des Erlöschens des Obersten Rates an den Völkerbund, daß dieser dem Rate eine Grenzlinie durch Oberschlesien empfehlen möge. Er weist nach, daß durchaus kein Rechtsgrund dafür besteht, daß unter allen Umständen eine solche Grenze gezogen werden müsse. Ferner habe Deutschland das Recht, gegen jede Entscheidung zu protestieren, die nicht im Einklang mit dem Friedensvertrag steht, z. B. wenn sie ohne Amerikas Mitwirkung erfolgt.

„Aufgeklärter Föderalismus“.

Eine Ansprache des bayerischen Ministerpräsidenten. — München, 3. Oktober.

Bei der Jahresversammlung des Deutschen Museums in München hielt auch der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld eine Rede, in der er auf die Erhaltung des staatlichen Eigenlebens der Länder zu sprechen kam und unter anderem ausführt: „Man gebe dem Reich, was des Reiches ist, aber man hüte sich vor dem Unitarismus, der alles nivellieren will, der aus Respekt- oder Parteihaftigkeit eintritt. Stellen wir uns, fuhr der Redner fort, auch bei Zeiten dem allmählichen Abbau der einzelstaatlichen Selbständigkeit entgegen. Kommen wir zu einem Föderalismus und zu einem Föderalismus, der weder über dem Einzelnen das Ganze, noch über dem Ganzen das Einzelne vergeht, den ich als aufklärten Partikularismus, als aufgeklärten Föderalismus bezeichnen möchte. Dann wird in alle Zukunft Bayern ein in sich fest gegründeter Teilnehmer des großen Deutschen Reiches, wie das Deutschland überhaupt, sein und bleiben.“

Wenn man die beachtenswerten Worte des Grafen Lerchenfeld aus den vielen „ismussen“ in glatterer Deutsch überseht, so muß man seinen Äußerungen zweifellos zustimmen. Er wünscht, daß der Kampf zwischen den Unitaristen, die ein einheitliches deutsches Reich unter Vereinfachung der Bundesstaaten wollen, und den Partikularisten, die den Interessen der Einzelstaaten unter allen Umständen den Vorrang vor denen des Reiches geben, durch eine Einigung nach der Anschauung der Föderalisten geschlichtet werde, die wiederum den Bundescharakter des Reiches betonen und einen vernünftigen Ausgleich zwischen Reichs- und Landesinteressen für notwendig halten. Die Hinzufügung des Wortes „aufgeklärt“ soll offensichtlich darauf hindeuten, daß Graf Lerchenfeld die richtige Abwägung hat, daß in dem ganzen Streit, der in dem jüngsten Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wieder eine Rolle spielte, manche Schärfe vermieden werden würde, wenn die beiden Lager sich weniger von herge-

brachten starren Anschauungen, als von vernünftiger Abwägung der augenblicklich vorherrschenden vaterländischen Notwendigkeiten leiten ließen.

Unabhängige und Regierungsumbildung.

Antwort an die Mehrheitssozialisten.

Die Zentralleitung und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf seine Anfrage, ob die U. S. P. bereit sei, gegebenenfalls in eine Regierungskoalition einzutreten, folgendes geantwortet: „Die U. S. P. hat bisher die seit der Annahme des Londoner Ultimatus gebildete Regierung Kritik in der lokalen Erfüllung des Ultimatus und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist. Der immer aktiver werdende Kampf gegen die Koalition und für die wirksame Heranziehung des Volkes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatus, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und kirchlich-landwirtschaftlichen sowie den republikanisch-gesinnten Angestellten und Beamten Schulter an Schulter stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse erfordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziele hat.“

Die Forderungen der Unabhängigen.

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Volkes, insbesondere auf dem Wege der Erhöhung der Geldwerte. 2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion; Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Abschaffung der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältniswahl; gesetzliche Maßnahmen, die die Entfremdung von Beamten im öffentlichen Dienst, Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes betonen. 3. Fortführung der Sozialpolitik. 4. Sozialisierung des Bergbaues. 5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatus zu erfüllen.

Das Schreiben schließt mit der Gegenfrage an die Mehrheitssozialdemokratie, ob die beiden bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Koalition, das Zentrum und die Demokraten, sich mit den obigen Voraussetzungen für weitere Verhandlungen einverstanden erklären.

Forderungen der Bodenreformer.

Eine Breslauer Massenversammlung.

Der Bund deutscher Bodenreformer hat in Breslau eine Versammlung von über 10 000 Männern und Frauen in der Jahrhunderthalle veranstaltet, wo nach verschiedenen Ansprachen ein Aufruf beschlossen wurde, in dem es heißt:

„In entscheidungsvoller Stunde ergeht aus Breslau der Ruf: Gebt uns ein neues Bodenrecht! Schwere Fehler in der Aufteilung, Verteilung und Besteuerung des deutschen Bodens wurden unserem Volke zum Verhängnis. Ihnen entsprangen Mißwirtschaften und Landflucht. Sie ließen auf Kosten der arbeitenden Volksmassen den privaten Grundbesitzern unerbittliche Reichtümer zufließen. Jetzt treten die alten Mißstände auf dem Lande bei Verkäufen und Verpachtungen wieder hervor und auch bei den städtischen Wäldern leben die früheren Monopolverhältnisse wieder auf. Wir fordern demgemäß, daß jedem Mißbrauch mit der Heilmittelrolle des schärfsten entgegengetreten werde.“

Die Reichsversammlung verheißt in Artikel 153 jedem Deutschen ein festes Recht am Heimatboden und erklärt das Anrecht der Volksgemeinschaft auf die Grundrenten. Diese Verheißungen sind bisher unerfüllt geblieben. Zur Erfüllung dieses verfassungsmäßigen Grundrechts wird u. a. gefordert: die schnelle Verwirklichung des vom ständigen Beirat für Heimatrentenwesen beim Reichsarbeitsministerium aufgestellten Entwurfs eines Bodenreformgesetzes zum Schutze des deutschen Bodens gegen jeden Mißbrauch durch in- und ausländisches Spekulationskapital, die entschlossene Anwendung des Siedlungs- und Heimstättengesetzes und eine durchgreifende, den Kleinbesitz schonende, aber den Großbesitz gerecht erfassende Grundrentensteuer.

Was wird aus Rußland?

Worfi über die Möglichkeit eines Umsturzes.

Der besonders in letzter Zeit mehrfach genannte russische Politiker und Dichter Maxim Gorki, der, ohne selbst Bolschewist zu sein, doch in sehr enger Fühlung mit der russischen Sowjetregierung steht und von ihr ausnehmend sehr geschätzt für manches politische Geschäft benutzt wird, hat einem englischen Journalisten gegenüber wieder einmal seine Ansichten über die Zukunft Rußlands dargelegt. Es handelt sich natürlich um die Haupt- und Kernfrage der

Wiederherstellung der Ordnung in Rußland.

Kann diese unter dem Sowjetregiment erfolgen, oder ist dazu ein Wechsel der Regierungsform nötig? Und ferner: kann man von einem sofortigen Sturz der Bolschewisten (vorausgesetzt, daß dieser überhaupt möglich wäre!) eine baldige Besserung erwarten? Gorki meint, der Kommunismus in Rußland werde keinen Westen haben. Seiner Ansicht nach werde eine Art sozialistischer oder sogar demokratischer Republik nach Art der